

## **Straßenausbaubeiträge in Wolfsburg sollen nicht abgeschafft werden**

### **und der Stadtrat schweigt**

Der Niedersächsische Städtetag hat sich am 20.11.2018 gegen die Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen ausgesprochen. Oberbürgermeister Klaus Mohrs will weiterhin Grundstückseigentümer an Straßenausbaubaukosten beteiligen. Die B.G.W fordert die Ratsmitglieder auf zum Thema Straßenausbaubeiträge Stellung zu beziehen und sich gegenüber den Bürgern eindeutig zu äußern.

Die BürgerGemeinschaftWendschott sowie sehr viele Grundstückseigentümer in Interessengemeinschaften in den Wolfsburger Ortsteilen können diese Haltung nicht verstehen. Wir haben in Wolfsburg aktuell ein Wohnungsproblem, dass nicht alleine dadurch gelöst wird, neuen Wohnraum zu schaffen. Gerade in den Orts- und Stadtteilen steht vielen Objekten ein Generationswechsel bevor. Für viele Rentner ist es die Altersversorgung und junge Familien müssen bei den derzeitigen Immobilienpreisen in Wolfsburg Ihre finanziellen Möglichkeiten beim Hauskauf voll ausschöpfen. Sie weiterhin mit Straßenausbaubeiträgen zu belasten, treibt viele in den finanziellen Ruin.

Straßen werden von allen genutzt aber nur einige Wenige sollen zahlen? Im Düsterhoopring nutzen täglich ca. 100 Eltern mit Ihren Fahrzeugen die Straße um Ihre Kinder zur Schule zu bringen. Mit anfallenden Sanierungskosten werden dann alleine die Anwohner belastet, so Herr Richter Sprecher der Interessengemeinschaft Düsterhoopring . Die B.G.W und die Interessengemeinschaften fordern die ersatzlose Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Die Abschaffung dieser Satzung obliegt alleine dem Rat der Stadt Wolfsburg. Die B.G.W wird sich weiterhin für die Abschaffung einsetzen und wir werden uns im nächsten Jahr mit den Interessengemeinschaften in Wolfsburg breit aufstellen, so die B.G.W.

Einigkeit  
Recht  
Freiheit



zeichen  
.de

ROTE KARTEN FÜR DIE STRABS!

In Stadt und Land  
**STRABS abschaffen - aber richtig!**

Initiatoren:  
Dr. Ingrid Isenhardt, Dr. Ingrid Isenhardt, Dr. Ingrid Isenhardt  
Dr. Ingrid Isenhardt, Dr. Ingrid Isenhardt, Dr. Ingrid Isenhardt

**NBaS**

Straße saniert,  
Bürger ruiniert!



Straßenbau-  
beiträge  
weg!

**Gemeinsam gegen Strabs**

Straße saniert  
Bürger ruiniert



### STRABS: Interessenverbände kritisieren Innenausschuss Gemeinsam gegen "faule Kompromisse"

Mitte Mai vorm Sitzungszimmer 1105 im niedersächsischen Landtag: Viele Besucher einer Anhörung zur umstrittenen Straßenausbaubeitragssatzung (STRABS) waren wütend: "Wir fahren quer durch Niedersachsen, um die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zu fordern und unseren Politikern zu zeigen, wie wichtig uns das Thema ist - und nun stehen wir hier vor verschlossener Tür", schimpfte ein Hauseigentümer. Nur etwa 40 Zuhörer waren im Saal zugelassen, während der Ausschuss für Inneres und Sport über einen Änderungsvorschlag der Großen Koalition beriet. Angesichts der Bedeutung und des großen Interesses in der Bevölkerung viel zu wenig, findet Geschäftsführer Tibor Herczeg. So harrten viele Wohneigentümer eine Stunde lang auf den Fluren aus, bis die Anhörung endete. Da half auch eine geöffnete Tür zum Sitzungssaal nicht, die Gemüter zu beruhigen.



VWE-Geschäftsführer Tibor Herczeg zeigt wenig Verständnis für den Ausschluss der Interessenverbände und Betroffenen bei der Anhörung des Innenausschusses.

Verstärkt wird der Eindruck durch den Umgang des Innenausschusses mit Petitionen. Im Juni vergangenen Jahres reichte der Verband Wohneigentum beim Ausschuss eine Online-Petition zur Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung mit knapp 26.000 Stimmen ein (wir berichteten, FuG 6/2018). Reaktion? Fehlanzeige. Erst auf Nachfrage teilte eine Landtagsmitarbeiterin mit, dass die Petition im zuständigen

akzeptieren", betont Herczeg. Es gelte, einem Vertrauensverlust in das demokratische System zu begegnen. Gemeinsam mit allen fünf ausgeschlossenen Verbänden verfasste der VWE Anfang Juni eine gemeinsame Pressemitteilung, um gegen den Ausschluss zu protestieren und Positionen der Fachverbände zu verdeutlichen.

**Hintergrund:** Der niedersächsische Landtag befasste sich im Juni mit der Änderung des Kommunalabgabengesetzes\*. Der Verband Wohneigentum lehnt die Vorschläge der Großen Koalition ab, u.a. weil er klare Vorgaben für die Kommunen vermisst. Der Interessenverband sieht zur Abschaffung der STRABS und zur Verteilung der Unterhaltungskosten auf alle Nutzer der Straßen keine Alternative. Er führt dazu bereits eine Musterklage gegen die Stadt Springe. (\*Anm. d. Red.: Das Ergebnis stand zum Redaktionsschluss noch nicht fest)



Betroffene Hauseigentümer versuchen einen Blick auf die Anhörung im Innenausschuss zu erhaschen.

Kritik und Unverständnis mussten die Landtagsfraktionen von SPD und CDU auch von großen Verbänden einstecken. Nicht nur der Verband Wohneigentum, auch der Bund der Steuerzahler, Haus und Grund, der Landesbauernverband und der Deutsche Mieterbund waren nicht zur mündlichen Anhörung eingeladen. "Organisierte Interessenverbände in dieser Weise zu übergehen, zeugt von einem schlechten Stil", kritisiert Herczeg. "Offensichtlich sind konstruktiv-kritische Stimmen und Expertenwissen der Fachverbände bei diesem Gesetzesvorhaben nicht erwünscht". Ein Phänomen, das er in Form und Ausmaß bisher noch nicht beobachtete.

Ausschuss einging. Doch niemand sah sich aufgefordert, dazu Stellung zu nehmen.

"Eine Entwicklung, die keinen Anlass gibt, zufrieden zu sein", bedauert Herczeg. Bei Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Workshops zur Abschaffung der STRABS bemerkte er seit Jahren, wie immer mehr Hauseigentümer das Gefühl überkommt, dass über ihre Köpfe hinweg regiert wird und Entscheidungen von großer Tragweite hinter verschlossenen Türen unter Ausschluss der Betroffenen fallen.

"Im Interesse unserer Mitglieder und aller Hauseigentümer in Niedersachsen werden wir faule Kompromisse nicht

### LESERBRIEF

"Wir müssen als Verband noch viel stärker auf die Politiker der Landesregierung einwirken, damit endgültig dieser ungerechte Beitrag abgeschafft wird.

"Alle anderen Lösungsvorschläge seitens der Politik und der Gemeinden sind Augenwischerei und eine unsägliche Benachteiligung gegenüber anderen, die hiervon bereits befreit sind. Vielleicht sollten wir noch einmal eine Petition starten, in die auch alle örtlichen Verbände eingebunden sind.

I.W. (Name ist Redaktion bekannt)

## **WAZ 02. April Zwangsabgabe trifft Familien -Ein Leserbrief.**

Aus meiner Sicht ist dieses Thema sowohl von regionaler als auch von überregionaler Bedeutung und betrifft früher oder später sehr viele Hausbesitzer von Anwohnerstraßen.

Laut Statistik (Landesamt für Statistik aus dem Jahre 2008) verfügen 52 Prozent aller Haushalte in Niedersachsen über Haus- und Grundbesitz. Von diesen Haus- und Grundbesitzern besaßen zu diesem Zeitpunkt 73 Prozent Ein- oder Mehrfamilienhäuser.

Es ist ersichtlich, dass diese Zwangsabgabe früher oder später jeden Hausbesitzer und damit auch sehr viele Familien treffen wird, mit zum Teil existenzbedrohenden Konsequenzen, weil es hier um Beträge im fünfstelligen Bereich handelt.

Die meisten sind – wie ich auch – nicht davon ausgegangen, dass uns per Landesgesetz die Gemeinden mit zum Teil sehr hohen Gebühren für die Straßensanierungen noch einmal in die Tasche greifen können (nicht müssen). Inzwischen scheint sich dieser Umstand aber herumgesprochen zu haben, weil sich nicht nur in Velpke, sondern in Niedersachsen und im gesamten Bundesgebiet massiver Widerstand regt. Die ersten Landesregierungen haben tatsächlich die Grundlage für die Erhebung von Straßenausbaubeträgen abgeschafft. Auch in Niedersachsen war die Strabs auf Anregung der FDP schon mehrfach Thema im Landesparlament, zuletzt im November 2018. Die FDP hat sich als (bisher) einzige Partei dafür ausgesprochen das Landesgesetz (Niedersächsischen Kommunalabgabegesetztes (NKAG, § 6) abzuändern.

Darüber hinaus haben viele kommunale Parlamente Resolutionen an die Landesregierung gerichtet mit der Forderung die Strabs abzuschaffen beziehungsweise das Landesgesetz zu ändern. Ebenso haben die großen Verbände (Bund der Steuerzahler und der Verband der Grund- und Hausbesitzer) entsprechende Resolutionen an die Landesregierung gerichtet.

# Ihre Meinung

Die Seite von Lesern für Leser

## LESERBRIEFE

# „Die Straßenbau-Beiträge sind Ausbeutung“

Zu „Bündnis aus der Region stemmt sich gegen Straßenbau-Beiträge“ vom 4. Juli:

Schon die von der Stadt Wolfsburg neuerdings eingeführte Erhebung der Straßen-Reinigungsgebühr ist ein Skandal, erst recht ist es die jetzt diskutierte Forderung der Straßenbau-Beiträge. Das wird einem klar, wenn man an einer Durchfahrtsstraße wohnt und die eigene Nutzung der Verkehrswege im Promillebereich liegt. Straßen, das gesamte Straßennetz mit allen Verzweigungen, sind ein Teil der Infrastruktur, ohne die heute Gebietskörperschaften von der Gemeinde bis zum Bund nicht existieren können. Die Allgemeinheit, alle Steuerzahler insgesamt müssen aufkommen. Wenn Hauseigentümer ihr Grundstück verlassen, reihen sie sich in den Verkehr ein – wie jeder andere. Sie leisten sich keinen Sondergebrauch, der auch besondere Kosten verursacht. Man hat schon das Recht, bei Grundsteuer und Grunderwerbssteuer nach dem



Vier Bürgerinitiativen aus unserer Region stemmen sich gegen die Straßenbau-Beiträge.

FOTO: DAVID-WOLFGANG EBENER / DPA

„warum“ zu fragen. Die Überlegung, dass es sich jemand leisten konnte, Grundstück und Haus zu bezahlen und somit noch etwas drauflegen kann, stößt bestimmt auf Grundsätze von Recht und Ge-

rechtigkeit. Das kommt nicht erst zum Ausdruck, wenn eine Familie, die 14.000 Euro zahlen soll, damit überfordert wird. Dieses ist schon Ausbeutung.

**Heribert Stallmeister, Wolfsburg**



**Straßen ausbaubeitrag:**

## **Vorschläge der Landesregierung wenig hilfreich**

Als Augenwischerei sieht der Verband Wohneigentum Niedersachsen (VWE) die Vorschläge der Großen Koalition zur geplanten Änderung des niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG). „Es wird der Eindruck suggeriert, Eigentümer bei den Straßenausbaubeiträgen spürbar entlasten zu wollen und soziale Härtefälle zu vermeiden“, sagt Geschäftsführer Tibor Herczeg. Die Änderungen hält er für wenig hilfreich.

Denn der Vorschlag hält weiter an der umstrittenen Straßenausbaubeitragssatzung (STRABS) fest. Anlieger sollen bis zu 80 Prozent an den Sanierungskosten beteiligt werden. Nach Vorschlag von SPD und CDU soll Schuldnern ohne ausreichend Vermögen lediglich eine Ratenzahlung und eine Senkung der Darlehenszinsen gewährt werden. „Eine Tilgung der Schuld in Form von Darlehen ist keine Hilfe“, so Herczeg. Im schlimmsten Fall kann die Kommune schon fünf Jahre nach der letzten Rückzahlungsrate erneut an betroffene Anlieger herantreten. Auch erreicht eine Senkung der Stundungszinsen in erster Linie jüngere Anlieger. Älteren Menschen, die auf dem Kapitalmarkt keinen Zugang zu günstigen Krediten haben, bleibt keine Wahl. Sie sind weiter gezwungen, hohe Stundungszinsen von immerhin drei Prozent über dem Basiszinssatz zu zahlen.

Die einzige gute und gerechte Lösung kann Sicht des VWE nur lauten: Weg mit der STRABS und Verteilung der Unterhaltungskosten auf alle Nutzer der Straßen.

Besonders übel stößt dem VWE der Versuch der Parteien auf, quasi „durch die Hintertür“ ein Gesetz zu ändern, das von den Gerichten bisher flexibel gehandhabt werden konnte. SPD und CDU sind sich einig, dass eine „Kann-Regelung“ die Freiheit lässt, bestehende Vorschläge zu ignorieren. So wird vermieden, dass das Land Niedersachsen finanziell für Ausgleich sorgen muss („Konnexität“). Herczeg: „Kommen die Parteien damit durch, sind Gemeinden endgültig aus ihrer Pflicht entlassen, als Eigentümer der Straßen für deren Unterhalt zu sorgen“.

**Mehr noch:** Bisher galt die Regel, dass Beiträge innerhalb der ersten 25 Jahre nach Sanierung oder Erneuerung nur dann erhoben werden dürfen, wenn die Kommune nachweist, dass sie in dieser Zeit ihrer Pflicht zum Erhalt der Straßen nachgekommen ist. Schon heute ist es daher gängige Praxis, Erneuerungen erst nach Ablauf dieser Frist durchzuführen, um diese Nachweispflicht zu umgehen. Ein Gesetz nach Wunsch der Großen Koalition kann geradezu als Aufforderung gesehen werden, die Straßen zu vernachlässigen. Nachweispflichten entfallen - und nach nur 25 Jahren können erforderliche Sanierungskosten erneut auf Anlieger abgewälzt werden.

Pressekontakt: Tibor Herczeg, VWE-Geschäftsführer

Verband Wohneigentum Niedersachsen e.V., Königstr. 22, 30175 Hannover  
Email: [t.herczeg@meinvwe.de](mailto:t.herczeg@meinvwe.de), Tel.: 0511 8820716

# Dauerbrenner STRABS

STRABS ist der wohnungspolitische Dauerbrenner im Verband Wohneigentum. Die Abkürzung steht für das Wortungetüm Straßenausbaubeitragsatzung. Laut dieser müssen Anlieger in der Regel für Straßensanierungen aufkommen. Nicht in jedem Bundesland ist das so. Abgeschafft sind die Beiträge in Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg und im vergangenen Jahr in Bayern. Für die bundesweite Abschaffung setzt sich der Verband Wohneigentum auf allen politischen Ebenen ein. Wer möchte als Anlieger schon für die Sanierung einer Straße bezahlen, die die Allgemeinheit nutzt? Michael Schreiber, 2. Vorsitzender des Verbands Wohneigentum in Hessen, kennt die Aktivitäten des Verbands im gesamten Bundesgebiet.

Bundesland	Reg.-Koalition	Straßenbeiträge	pro Abschaffung STRABS
Baden-Württ.	GRÜ/CDU	keine	-
Bayern	CSU/FW	abgeschafft	-
Berlin	SPD/LI/GRÜ	abgeschafft	-
Brandenburg	SPD/LI	x, will abschaffen	SPD+LI+CDU+FW+AfD
Bremen	SPD/GRÜ	keine	-
Hamburg	SPD/GRÜ	abgeschafft	-
Hessen	CDU/GRÜ	x	SPD+LI+AfD
Meckl.-Vorpom.	SPD/CDU	x, will abschaffen	SPD+CDU+AfD
Niedersachsen	SPD/CDU	x	FDP+AfD
NRW	CDU/FDP	x	SPD+AfD
Rh.-Pfalz	SPD/GRÜ/FDP	x	CDU+AfD
Saarland	CDU/SPD	x	AfD
Sachsen	CDU/SPD	x	GRÜ
Sachsen-Anhalt	CDU/SPD/GRÜ	x	SPD+GRÜ+LI+AfD
Schleswig-Hol.	CDU/FDP/GRÜ	x	FDP+AfD
Thüringen	LI/SPD/GRÜ	x, will abschaffen	LI+SPD+GRÜ+CDU+AfD

Für Michael Schreiber steht außer Frage: Die bis zu fünfstelligen Straßenausbaubeiträge, die manche Wohneigentümer für den Straßenausbau zahlen müssen, sind ungerecht und unsozial. Das ist der Grund, warum sich so viele Menschen im Verband Wohneigentum gegen die STRABS engagieren: „Es ist nicht richtig, dass Straßenausbaubeiträge von einzelnen Grundstückseigentümern erhoben werden, denn Straßen werden von allen Verkehrsteilnehmern genutzt“, erklärt der Ehrenamtler aus Hessen und folgert: „Somit sind Sanierungen aus allgemeinen, bereits erhobenen Steuern zu finanzieren.“ Finanzmittel seien ausreichend vorhanden. In einigen Bundesländern fehle zurzeit allerdings noch der politische Wille, die Beiträge abzuschaffen. „Dafür machen wir uns stark! Wir sind als Interessenverband verantwortlich für unsere Mitglieder und müssen sie vor diesen Beiträgen schützen.“

Der Kampf gegen die STRABS ist zum Dauerbrenner geworden. Im Verband Wohneigentum und darüber hinaus. Allein in Hessen bildeten sich im letzten Jahr über 60 Bürgerinitiativen, die gegen die Beiträge ihre Stimme erheben. Schon

die Erfolge des letzten Jahres lassen sich sehen: „Die Initiativen unterstützen wir vom Verband Wohneigentum Hessen in personeller wie in finanzieller Hinsicht. Wir konnten in Hessen zudem eine Allianz mit weiteren Verbänden – Haus & Grund Hessen, Bund der Steuerzahler Hessen und dem Verband der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft – gründen und haben eine gemeinsame Erklärung für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge veröffentlicht.“

Auch in anderen Bundesländern plädieren Landesverbände und auch viele Gemeinschaften für die Abschaffung. „So geht Demokratie! Unser Engagement gegen die STRABS treibt Früchte. Viele Kommunen und sogar ganz Bayern haben die Satzungen bereits abgeschafft. Auch meine Heimatgemeinde Lohfelden!“, freut sich Michael Schreiber. Er hofft für die Zukunft, dass die politisch Verantwortlichen in den Landtagen im Sinne einer bürgerfreundlichen Regierung die veralteten gesetzlichen Grundlagen in den Kommunalabgabengesetzen (KAG) ändern und die Straßenausbaubeiträge abschaffen – bundesweit!

FI



Protest gegen Straßenausbaubeiträge: Einen Tag vor der politischen Debatte über die von der Verwaltung erarbeiteten möglichen Finanzierungsvarianten demonstrierte die Anliegerinitiative Gifhorn noch einmal.

FOTO: SEBASTIAN PREUSS

# Anwohner protestieren weiter gegen Straßenausbaubeiträge

Politik berät ab heute mögliche Finanzierungsvarianten: Anliegerinitiative bleibt bei Forderung nach Abschaffung

VON DIRK REITMEISTER

**GIFHORN.** Die Varianten zur Zukunft der Straßenausbaubeiträge, die die Stadtverwaltung für die Politik erarbeitet hat, überzeugen die Anliegerinitiative Gifhorn gegen Straßenausbaubeiträge nicht. Bei ihrer Mahnwache am Montagabend mitten in der Fußgängerzone pochte sie weiter auf eine Abschaffung.

Schon beim Aufbau des Tisches für die Flyer diskutieren die Teilnehmer über die Vorschläge, die die Stadtverwaltung zwischen den Jahren erarbeitet hat. Im Nu haben sich rund 50 Frauen und Männer

rund um Holger Haufe, den Sprecher der Initiative, versammelt. Mit dabei sind auch Anwohner aus Leiferde und Wesendorf, die bei sich selbst auch gegen die Straßenausbaubeiträge protestieren.

Am Dienstag hat der Bauausschuss der Stadt das Thema auf der Tagesordnung – für Haufe ist klar, dass die Anliegerinitiative am Abend davor nochmal klar machen muss, wo sie steht. „Wir erwarten eine komplette Abschaffung.“ Er und seine Mitstreiter haben sich die Varianten der Verwaltung genau durchgelesen. Rotenzahlung mit sechs Prozent Zinsen oder

Verrentung mit 2,12 Prozent? Da gäbe es bei jeder Bank Besseres, sagt Nicole Müller. Eine Deckelung auf acht Euro pro Quadratmeter Grund-

**So ein wichtiges Thema kann man nicht einfach mal so mit der heißen Nadel stricken.**

Holger Haufe  
Sprecher der Anliegerinitiative

stücksfläche ist für Haufe auch nicht mehr als ein Gang „in die richtige Richtung“.

„Abschaffen“: Für diese Forderung per Megafon ertotet Haufe denn auch Beifall

auf dem Platz rund um den Ceka-Brunnen. „Eine Gemeinde nach der anderen kippt die Straßenausbaubeiträge“, sagt er im WAZ-Gespräch. „Gifhorn bräuchte sich da nur anzuschließen.“

Konkrete Forderung der Anliegerinitiative an die Mitglieder des am Dienstag tagenden Ausschusses: „Das Thema vertagen“, sagt Haufe. „Das ist so ein wichtiges Thema. Das kann man nicht einfach mal so zwischen Weihnachten und Neujahr mit der heißen Nadel stricken“, sagt er zu der Arbeit der Verwaltung, die nach Vorschlag des Bürgermeisters Matthias Ner-

lich in der jüngsten Ratssitzung kurz vor den Feiertagen die möglichen Varianten der künftigen Finanzierung ausgearbeitet hat.

Derweil geht die Unterschriftensammlung der Anliegerinitiative weiter. Haufe macht auch damit klar, dass er auf die Abschaffung beharrt. Sollte der Rat Ende Januar für die Beibehaltung der Straßenausbaubeiträge stimmen, werde die Initiative weiter Druck machen.

Der Ausschuss für Hochbau, Tiefbau und Liegenschaften berät heutigen Dienstag, 7. Januar, ab 16 Uhr im Ratssaal.

ng  
rn  
ro-  
af-  
at-  
te  
n.  
en  
en  
ü-  
en



An den  
NDS Ministerpräsidenten Stephan Weil  
Landtagspräsidentin Dr. Gabriele Andretta  
Innenminister Boris Pistorius  
NDS Finanzminister Reinhold Hilbers  
Ausschuss für Inneres und Sport  
im Niedersächsischen Landtag  
NSGB Dr. Trips

als offener Brief für die Presse  
09.06.2020

## Niedersachsens vergessene „Bürger“

Bündnis aus Bürgerinitiativen und Verbände weisen auf die Doppelbelastung der Bürger durch Straßenausbaubeitragssatzung (Strabs) und Corona hin

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Folgen der Strabs haben wir bereits in unserer letzten Stellungnahme ausführlich beschrieben, darin begründet sich auch der stetige Zuwachs im Niedersächsischen Bündnis gegen Straßenausbaubeiträge mit mittlerweile über 80 Bürgerinitiativen. Das Aktionsbündnis VWE, NBgS und ASK BISS verdeutlichen die stetigen Zukunftsängste der Straßenanlieger und setzen sich weiterhin für die Abschaffung der Strabs ein.

### Strabs in den Landeshaushalt integrieren

Durch die derzeitige Corona Krise trifft es Anlieger von kommunalen Straßen mit doppelter Wucht. Die in dieser Zeit besonders negativen Folgewirkungen wie Krankheit, Arbeitsplatzverlust, Kurzarbeit, Insolvenz bringt unser aller Gleichgewicht ins Schwanken. Um diese Krise zu meistern, nimmt die Politik auch viel Geld in die Hand, soziale Härten sollen abgemildert, die Wirtschaft angekurbelt werden. Bisher unvorstellbare Summen werden bereitgestellt und pflastern unseren zukunftssträchtigen erfolgversprechenden Weg aus der Krise, hier dürfen die von der Strabs betroffenen Bürger nicht vergessen werden.

Konjunkturprogramme zur Ankurbelung der Innennachfrage erscheinen angebracht, um die Steuereinnahmen möglichst schnell wieder ansteigen zu lassen. Es ist jedoch dem Bürger nicht mehr zu vermitteln, wenn Unmengen an Geldern bewegt werden, er jedoch in letzter Konsequenz sein Heim verliert und im Regen stehen gelassen wird. Um dies zu vermeiden, besteht die Möglichkeit einen Bruchteil an Finanzmitteln, zweckgebunden für die Strabs, in den Landeshaushalt zu integrieren, somit wird der Bürger entlastet, es entsteht soziale Stabilität und jeder kann in die heimische Wirtschaft investieren, um so der Konjunktur auf die Beine zu helfen und sich am kommunalen wirtschaftlichen Aufschwung beteiligen. Die Corona Krise zeigt mehr als deutlich, dass die Abschaffung der Strabs zum Pflichtprogramm gehören muss.

Als erste Maßnahme wäre die landesweite Aussetzung von Straßenausbaubeiträgen zumindest bis zur wirtschaftlichen Erholung der Menschen in Niedersachsen anständig und angemessen. Deshalb fordern wir eine Ergänzung bzw. einen Erlass zum NKAG, dass die entsprechenden Regelungen zu § 6, § 6 b und § 6 c NKAG bis zum 31.12.2021 ausgesetzt werden.

### Abschaffung der Strabs ist keine Frage der Finanzierung, sondern ein Grundwert unserer Gesellschaft

Über den Tellerrand blickend, sehen wir 9 Bundesländer, welche die Strabs bisher schon abgeschafft haben. Trotz finanzieller Belastung der Landeshaushalte war Geld nicht die Grundlage für die Abschaffung, vielmehr stand der Schutz des Bürgers vor sozialem Ruin und Ungerechtigkeit im Vordergrund.

# Die BGE informiert:

## Ortsratsitzung vom 09.05.2019



**Bekanntmachung der 18. Sitzung des Orsrates Mitte-West  
am Donnerstag, dem 09.05.2019 um 19:00 Uhr  
im Ev. Paulus Kinder- und Familienzentrum, Mecklenburger Straße 9,  
38440 Wolfsburg.**

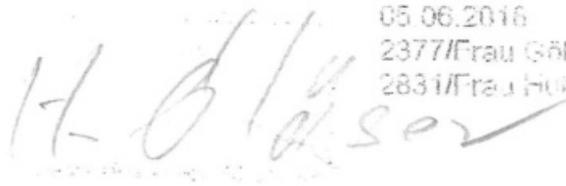
### Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

Eröffnung der öffentlichen Sitzung

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung vom 27.02.2019
- 3 Kenntnigaben
- 3.1 Sommerplan 2019 vom 01.04.2019 bis 30.09.2019  
Sportstättenbelegung Mitte-West
- 4 Aktuelle Situation des Waldes und Maßnahmen der Stadtforst  
Bericht des Stadtförsters
- 5 Gedenk- und Lernort KZ-Außenlager Laagberg; Durchführung eines nichtoffenen, ein-  
phasigen Realisierungswettbewerbs
- 6 Bebauungsplan "Laagberg Nord, 3. Änderung" im Stadtteil Laagberg der Stadt Wolfsburg  
- Aufstellungsbeschluss -
- 7 Anträge des Orsrates
- 7.1 Antrag Parkraumkonzept Dunant-Platz (Umfeld Klinikum)
- 7.2 PUG Reduzierung Taxiplätze Dunantplatz
- 7.3 PUG Ansiedlung Nahversorger
- 7.4 Pug Poller Frankfurter Strasse
- 7.5 PUG Versetzung Halfpipes
- 7.6 B 90/Grüne Spielplatz Schuberting

- 8 Orsratsmittelverteilung 2019
- 8.1 Veranstaltung - Verleihung Ehrengabe am 27.03.2019
- 8.2 Laagbergschule Vorlesewettbewerb am 20.03.2019
- 8.3 Fabi-Angebot für Kinderbetreuung
- 9 Beantwortung von Anfragen
- 10 Anfragen und Anregungen
- Schließung der öffentlichen Sitzung



Stellungnahme zum Antrag des Ortsrates Mitte-West vom 25.04.2018, Top 11.1  
Hol- und Bringdienst an Schulen

Die SPD-Ortsratsfraktion stellt den Antrag zu prüfen, wie der Hol- und Bringdienst der Eltern an den im Ortsbereich liegenden Schulen reguliert werden kann.

Folgende Schulen fallen in das Gebiet des Ortsrats Mitte West: Wohlbergerschule, Laagbergerschule, Eichendorffschule und die Waldschule Eichelkamp.

Die Geschäftsbereiche Bürgerdienste und der Geschäftsbereich Schule nehmen wie folgt gemeinsam Stellung:

Die Stadt Wolfsburg unterstützt im Rahmen der „Verkehrsberuhigung vor Grundschulen“ aktiv die Schulen und überlegt, wie die Situation verbessert werden kann. Hierzu verwenden wir analog bewährte Lösungsansätze, welche in Nordrhein-Westfalen bereits erfolgreich umgesetzt werden. Diese Lösungsansätze beinhalten die Einrichtung von sogenannten Elternhaltestellen. Zwingende Voraussetzung für eine Einrichtung von Elternhaltestellen an Grundschulen ist die Implementierung des Verkehrszählerprogramms, die Mitwirkung der Eltern sowie geeignete örtliche Möglichkeiten. Weitere Maßnahmen sind gegebenenfalls die Anordnung von Halteverböten direkt an der Schule und der Walking-Bus - und das ist das Wichtigste - die Durchführung einer Verkehrserziehung in besonderer Weise an den Grundschulen mit den Schülerinnen und Schülern der ersten und zweiten Klassen. Der Kern der besonderen Verkehrserziehung liegt in der Motivation zur Bewegung, der Reflexion des Schulweges und dem Erlernen eines sicheren Verhaltens im Straßenverkehr. Eltern können dann ihr Kind durch eine erweiterte Mobilität stärken, seine Eigeninitiative fördern und ihm mehr Selbstverantwortung für den Schulweg und die damit verbundene Zeit übertragen. Die im Ortsratsbezirk liegende Grundschule Eichendorff nimmt bereits aktiv an dem Projekt „Verkehrsberuhigung vor Grundschulen“ teil. Der Waldschule Eichelkamp sowie der Wohlbergerschule wurde das Programm bereits letztes Jahr vorgestellt. Es erfolgte aktuell keine Rückmeldung der Schulleitung.

Der Geschäftsbereich Schule nimmt im neuen Schuljahr Kontakt mit der Schulleiterin der Laagbergerschule und der kommissarischen Leiterin der Wohlbergerschule auf, um das Interesse der Schulen in Erfahrung zu bringen. Die Schule muss ihre Bereitschaft signalisieren, da sie die Einführung und Umsetzung des Programms (Verkehrszähler-Programm) innerhalb des Curriculums Mobilität aktiv gestalten muss. Die Unterlagen werden kostenlos bereitgestellt.

Wenn auf die Bitte der Schulleitung die Schulgremien die Zustimmung erteilen, kann die Umsetzung erfolgen.

2. GBL 55 Frau Blohm mit der Bitte um Freigabe
3. VVII Frau Bothe mit der Bitte um Freigabe 
4. GBL 01 Herrn Sothmann mit der Bitte um Freigabe
5. VV I Herrn Borchering mit der Bitte um Freigabe
6. GB 55 z. Vg. und zur Weiterleitung

30-2

**9. Sitzung des Orsrates Mitte-West  
vom 24.01.2018, Top 7.5 Änderung der Reinigungsklassen im Ortsgebiet, sowie  
11. Sitzung des Orsrates Mitte-West  
vom 25.04.2018, Top 1.3 Winterdienst Düsterhoopring  
13. Sitzung des Orsrates Mitte-West  
vom 30.08.2018, Top 1.1 Winterdienst Düsterhoopring**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Reinigungsklassen in der Neufassung der Straßenreinigungsverordnung für die Oppelner Straße und den Düsterhoopring zu ändern und die Reinigungspflicht mit Winterdienst für beide Straßen auf die WAS zu übertragen.

Am Ende der Oppelner Straße befindet sich eine Kindertagesstätte und der Düsterhoopring ist ein Schulweg (Waldschule Eichelkamp).

**Hierzu nimmt die Verkehrsbehörde wie folgt Stellung:**

Es steht zu erwarten, dass aufgrund der Änderung der Straßenreinigungsverordnung neben der Oppelner Straße und dem Düsterhoopring weitere Änderungsanträge nach der Festsetzung der Gebühren auf die Verwaltung zukommen werden. Aus diesem Grund möchte die Verwaltung eine ganzheitliche Bearbeitung nach der Gebührenfestsetzung vornehmen.

Bezüglich der Oppelner Straße und dem Düsterhoopring sind Änderungen jedoch nicht zu erwarten. Eine Übertragung der Reinigungspflicht im Winterdienst an die WAS wird mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht erfolgen.

Eine abschließende Beantwortung erfolgt nach der durchgeführten Gesamtbetrachtung.

# Wolfsburger Allgemeine

Fallersleber  
Zeitung  
Vorfelder  
Zeitung



PARTNER IM REDAKTIONSNETZWERK DEUTSCHLAND #RND

NR. 158 | 1,60 €



HEUTE IM SPORTEIL:  
2:1 gegen Caen:  
VfL gewinnt auch  
den zweiten Test

▶ SEITE 25

## Niedersachsens Kommunen sind flüssig

Laut einer Studie haben Städte und Gemeinden stark von der guten Konjunktur profitiert

VON MARCO SENG

**HANNOVER.** Die Finanzlage der Städte und Gemeinden in Niedersachsen erholt sich langsam. Nach einer Studie der Bertelsmann Stiftung sind die Kassenkredite der Kommunen – eine Art Dispokredit – zwischen den Jahren 2012 und 2017 deutlich gesunken: lan-

desweit von 4,8 Milliarden auf 1,7 Milliarden Euro. Das sei ein Rückgang um 65 Prozent, teilte die Stiftung am Dienstag in Gütersloh mit. Ausschlagge-

bend seien die gute Konjunktur und ein Hilfsprogramm des Landes gewesen, das unter Auflagen Hilfen von 1,7 Milliarden Euro für die Schuldentilgung zahlt.

Die größten Summen flossen den Angaben zufolge an die Städte Cuxhaven (188 Millionen Euro), Hildesheim (130 Millionen Euro) und Göttingen (113 Millionen Euro).

Die Steuereinnahmen der niedersächsischen Gemeinden stiegen nach Angaben der Stiftung zwischen 2012 und

2017 um 23 Prozent. Grund war auch hier die anhaltend starke Konjunktur. Wolfsburg etwa gehört seit Jahren zu den steuerstärksten Kommunen Deutschlands, das Pro-Kopf-

Aufkommen ist dort zweieinhalbmal so hoch wie in Delmenhorst oder im Kreis Lüneburg-Dannenberg. Diese wiederum zählten zu den steuer-schwächsten Kommunen Westdeutschlands.

Auch die Region Hannover, zu der auch die Landeshauptstadt gehört, profitierte stark

vom wirtschaftlichen Aufschwung. Die Kassenkredite wurden mehr als halbiert – umgerechnet von 460 auf 221 Euro pro Einwohner. Die Steuereinnahmen stiegen von 1154 auf 1355 Euro pro Einwohner.

Der Städte- und Gemeindebund in Niedersachsen sieht die Studie mit gemischten Gefühlen. „Man muss sehen, ob dieser Aufschwung mittel- und langfristig trägt“, sagte Verbandssprecher Thorsten Bulteriek. Die Aufgaben der Kommunen seien gewachsen.



Insgesamt sind die Kassenkredite der Kommunen um 65 Prozent gesunken – doch nicht jeder Ort profitiert gleichermaßen.  
FOTO: M. SKOLIMOWSKA/DPA

Zudem gebe es nach wie vor ein starkes Gefälle zwischen armen und reichen Kommunen sowie große Investitionsrückstände – etwa beim Straßenausbau oder der Schaffung von Kita-Plätzen.

*und wie her MOARS*





Hannover, 12.11.2018

Auf Unverständnis stoßen beim Verband Wohneigentum Niedersachsen die Beschlüsse von SPD und CDU, an der Straßenausbaubeitragssatzung (STRABS) festzuhalten. Dies meldete der Weser-Kurier am 8. November 2018.

„Es grenzt schon fast an Hohn, wenn sich gewählte Politiker vor die Presse stellen und betroffenen Eigentümern ein „Entgegenkommen“ in Aussicht stellen“, schreibt VWE-Geschäftsführer Tibor Herczeg. Denn: „Zinssenkungen und Stundungen sind kein Angebot, sondern Augenwischerei. Sie lenken vom eigentlichen Problem ab. Es geht hier nicht nur um Entlastung der Bürger, sondern um Steuergerechtigkeit. Die STRABS muss nicht entschärft, sondern abgeschafft werden“. Dies fordert der Verband Wohneigentum seit Jahren.

Herczeg: „Mit ihren Beschlüssen fördern die regierenden Parteien Willkür im Land und geben Kommunen Rückendeckung, die sich aus ihrer Verantwortung schleichen, indem sie Kosten auf Eigentümer abwälzen. Offen ignorieren sie, dass

- In Niedersachsen eine Gemeinde nach der anderen die Unsinnigkeit der aktuellen Verordnung erkennt und die STRABS abschafft
- Bürgerinitiativen seit Jahren landesweit gegen die Straßenausbaubeitragssatzung (STRABS) kämpfen
- selbst im ländlichen Regionen viele Hundert Menschen vor den Rathäusern demonstrieren
- mehr als 24.000 Bürger dieses Landes mit ihrer Unterschrift unter eine Petition vom Verband Wohneigentum ihren Protest artikulierten.

Entscheidungen, wie diese, sorgen für Verdruss. Sachargumente, die eindeutig für die Abschaffung der STRABS sprechen, prallen offenbar ab (aktuelle Details in einer Petition des VWE zusammen mit dem Bund der Steuerzahler Niedersachsen/Bremen und Haus & Grund Niedersachsen v. 08.10.2018, Anlage). Dabei hätte die Landesregierung durchaus die Chance, als Vorbild zu wirken, indem sie Kommunen aus einer Zwickmühle befreit und Mittel aus dem Landeshaushalt zur Verfügung stellt. Gemeinden könnten auf eine Erhöhung der Grundsteuer verzichten, was schließlich auch Mietern zu Gute käme.“

Kontakt:

Tibor Herczeg, Geschäftsführer, Verband Wohneigentum Niedersachsen e.V.

Königstr. 22, 30175 Hannover, Tel.: 0511 88207-16, Email.: [kontakt@meinVWE.de](mailto:kontakt@meinVWE.de)

# „Ungerecht und unsozial“: Protest gegen Straßenausbaubeiträge

Velpker Bürger gründen Initiativegruppe und sammeln Unterschriften – Gespräch mit Verwaltung steht an

VON STEFFEN SCHMIDT

**VELPKE.** Mit fast zwei Millionen Euro ist die Sanierung der Straßen in der Siedlung Berghöhe in Velpke veranschlagt. Im Gemeindehaushalt für 2019 sind bereits Planungskosten für den Straßenausbau eingestellt. Doch es formiert sich erheblicher Widerstand gegen das Vorhaben. Im Dezember gründete sich in Velpke die Initiativegruppe „Abschaffung der Strabs“, mit dem Ziel, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen.

„Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für die Erneuerung oder Sanierung von Gemeindestraßen empfinden wir als ungerecht und unsozial“, sagt Georg Brantowski, einer der Gründer der Initiativegruppe, und erklärt: „Wir Anlieger zahlen bereits



Pflichtbeiträge nicht leisten können und nun Existenzängste haben“, sagt Brantowski.

Mit den Unterschriften im Gepäck will die Gruppe erreichen, dass die Gemeinde Velpke entweder die Satzung abschafft, wie es bereits ganze Bundesländer und 59 Kommunen in Niedersachsen getan haben, oder zumindest das Vorhaben aussetzt. Gespräche mit dem Landtagsabgeordneten Jörn Domeier (SPD) und mit Gemeindevorsteher Mark Kreutzberg so-

NEUES  
AUS

Velpke

wie Amtsbürgermeister Rüdiger Fricke hat die Gruppe bereits erreicht.

Fricke aber sieht im Moment keine Möglichkeit für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. „Das Land hat sich eigentlich klar gegen die Abschaffung positioniert. Und ich sehe nicht, wie die Gemeinden das finanziell kompensieren könnten“, so der Verwaltungschef auf WAZ-Anfrage. Von der Variante, zur Kompensation die Grundsteuer anzuheben, hal-

Emotionales Thema: In Velpke protestieren Bürger, wie vielerorts in Niedersachsen, gegen die Straßenausbaubeitragssatzung.

FOTO: CLEMENS HEIDRICH

unseren Gemeindeanteil bei der Ersterschließung und über die laufende Grundsteuer und

ne Betroffene Kosten von bis zu 10.000 Euro zu. „Das in zwei bis drei Jahren mal eben

meinde Velpke in dieser Sache. Bei einer Unterschriftenaktion haben sich mit



Ich sehe nicht, wie die Gemeinden eine Abschaffung...



#### Straßenbaubeitrag:

### "Vorschläge der Landesregierung wenig hilfreich"

Als Augenwischerei sieht der Verband Wohneigentum Niedersachsen (VWE) die Ideen der Großen Koalition zur geplanten Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG). Dazu ging Mitte März ein Informationsschreiben in der Landesgeschäftsstelle ein, das vorgab, den aktuellen Sachstand der Diskussion darzustellen. "Die Argumente und Vorschläge suggerieren, dass die Landesregierung Eigentümer bei Straßenausbaubeiträgen spürbar entlasten und soziale Härtefälle vermeiden will", kritisiert Geschäftsführer Tibor Herczeg. Die genannten Änderungen hält er für wenig hilfreich.

Denn im Grundsatz halten alle Vorschläge an der umstrittenen Straßenausbaubeitragssatzung (STRABS) fest. Anlieger sollen sich weiter mit bis zu achtzig Prozent an den Sanierungskosten beteiligen. Nach Vorschlag von SPD und CDU soll Schuldner ohne ausreichend Vermögen lediglich eine Ratenzahlung und eine Senkung der Darlehenszinsen in Aussicht gestellt werden. „Eine Tilgung der Schuld in Form von Darlehen

ist keine Hilfe“, so Herczeg. Im schlimmsten Fall kann die Kommune schon fünf Jahre nach der letzten Rückzahlungsrate erneut an betroffene Anlieger herantreten. Auch erreicht eine Senkung der Stundungszinsen in erster Linie jüngere Anlieger. Älteren Menschen, die auf dem Kapitalmarkt keinen Zugang zu günstigen Krediten haben, bleibt dagegen keine Wahl. Sie sind weiter gezwungen, hohe Stundungszinsen von immerhin drei Prozent über dem Basiszinssatz an den Fiskus zu zahlen. Die einzige gute und gerechte Lösung kann aus Sicht des VWE nur lauten: Weg mit der STRABS und Verteilung der Unterhaltungskosten auf alle Nutzer der Straßen. Besonders übel stößt dem VWE der Versuch der Parteien auf, quasi „durch die Hintertür“ ein Gesetz zu ändern, das von den Gerichten bisher flexibel gehandhabt werden konnte. SPD und CDU sind sich einig, dass eine „Kann-Regelung“ die Freiheit lässt, bestehende Vorschläge zu ignorieren. So wird vermieden, dass das Land Niedersachsen finanziell für Ausgleich sorgen muss („Konnexität“). Herczeg:

„Kommen die Parteien damit durch, sind Gemeinden endgültig aus ihrer Pflicht entlassen, als Eigentümer der Straßen für deren Unterhalt zu sorgen“.

Mehr noch: Bisher galt die Regel, dass Beiträge innerhalb der ersten 25 Jahre nach Sanierung oder Erneuerung nur dann erhoben werden dürfen, wenn die Kommune nachweist, dass sie in dieser Zeit ihrer Pflicht zum Erhalt der Straßen nachgekommen ist. Schon heute ist es daher gängige Praxis, Erneuerungen erst nach Ablauf dieser Frist durchzuführen, um diese Nachweispflicht zu umgehen. Die Vorschlagsliste ändert daran voraussichtlich wenig. Im Gegenteil. Herczeg: "Ein Gesetz nach Wunsch der Großen Koalition kann geradezu als Aufforderung gesehen werden, die Straßen zu vernachlässigen. Nachweispflichten entfallen - und nach nur 25 Jahren können erforderliche Sanierungskosten erneut auf Anlieger abgewälzt werden".

#### Teilen Sie diese Meinung?

Diskutieren Sie mit! Schreiben Sie eine Email an [kontakt@meinVWE.de](mailto:kontakt@meinVWE.de)

#### Neue Partnerschaft

### VWE baut landesweites Netzwerk aus

Der Verband Wohneigentum geht mit dem Landesseniorenrat (LSR) auf Landesebene eine Partnerschaft ein. Dies beschloss der Landesvorstand bei seiner letzten Sitzung Ende März.

"Mit der neuen Kooperation baut der Landesverband sein Netzwerk aus", freut sich Geschäftsführer Tibor Herczeg: Eine Zusammenarbeit könne dazu beitragen, die Interessen der VWE-Mitglieder in Niedersachsen noch deutlicher zu artikulieren und zu vertreten. "Aktuelle Probleme, wie Straßenausbaubeiträge oder Anliegen der älteren Bevölkerung lassen sich in der Regel gegenüber der Politik wirkungsvoller zum Ausdruck bringen und gemeinsam besser lösen". Durch gegenseitige Unterstützung könnten beispielsweise Informationskanäle besser genutzt oder Probleme vor Ort schneller und leichter gelöst werden. So pflegt der LSR bei-

spielsweise gute Beziehungen zu allen Fraktionen des Niedersächsischen Landtages und unterhält enge Kontakte zur Landesregierung und zum Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung. Schon heute arbeiten viele Gemeinschaften im Verband Wohneigentum eng mit lokalen Seniorenbeiräten zusammen. Auch im Sinne einer fundierten Verbraucherberatung macht aus Herczegs Sicht eine zielgerichtete Zusammenarbeit Sinn. Da der Landesseniorenrat vor allem Ältere über wichtige Entwicklungen informiert und auch Seminare zu Themen rund ums Haus anbietet, könne er sich beispielsweise gemeinsame Aus- und Fortbildungsangebote vor Ort vorstellen. Weitere Berührungspunkte, von denen beide Organisationen profitieren, werden in den kommenden Monaten ausgelotet.

Der Landesseniorenrat Niedersachsen e.V. (LSR) ist ein parteipolitisch und konfessionell unabhängiger eingetragener Verein. Seine Mitglieder sind 210 Seniorenvertretungen in den Gemeinden und Landkreisen Niedersachsens.



Ziel des Landesseniorenrates ist es, angesichts des demographischen Wandels und der Globalisierung eine

Gesellschaft mitzugestalten, in der alle Generationen, also auch die Älteren, ein selbstbestimmtes Leben führen, am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilnehmen und einen angemessenen Platz finden können.



Der Druck auf die politischen Entscheider in Niedersachsen wächst: Mit Sprechchören, wie "die Strabs muss weg, die Strabs muss weg ..." und Pfeifkonzerten brachten Anfang Juni rund 300 Teilnehmer gegenüber dem niedersächsischen Landtag in Hannover ihren Unmut über die Straßenausbaubeitragsatzung (Strabs) zum Ausdruck. Mehr als 20 Initiativen und Nachbarschaften reisten teils mit Bussen aus ganz Niedersachsen an, um gegen die, als ungerecht empfundenen Anliegerbeiträge zu demonstrieren. Mit dabei auch zahlreiche VWE-Mitglieder aus

Hannover und Umgebung. An einem Infostand warb der Landesverband mit Plakaten und einer Unterschriftenliste für Unterstützung der online-Petition zur Abschaffung der Strabs in Niedersachsen.

In der anschließenden Anhörung des Innenausschusses im alten Plenarsaal des Landtages sprach Geschäftsführer Tibor Herczeg für die Wohneigentümer in Niedersachsen. Er ergänzte das zuvor schriftlich eingereichte Positionspapier des Landesverbandes. "Die Kommunen sind überhaupt nicht berechtigt, Straßenausbaubeitragsatzungen zu erlas-

sen. Ausbaubeiträge dürfen sie daher schon vom Grundsatz her nicht kassieren", sagte er.

Denn: Paragraph 6 des niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG), auf das sich die Satzungen der Kommunen stützen, regelt lediglich Beiträge zu öffentlichen Einrichtungen. "Sachen im Gemeingebrauch - und dazu gehören auch Straßen - zählen nicht dazu", so Herczeg. Ausbaubeiträge, die von Anliegern aktuell noch gefordert werden, sind also aus Sicht des Verband Wohneigentum rechtswidrig. Geltende Ausbaubeitragsatzungen müssten allein aus diesem Grund endgültig abgeschafft werden, damit Kommunen in Zukunft ihrer gesetzlichen Unterhaltungs- und Erneuerungspflicht allein aus dem laufenden Steueraufkommen nachkommen.

Die Partnerin des Landesverbandes, die Arbeitsgemeinschaft ASK-BISSS, die der Innenausschuss ebenfalls anhörte, hält auch die oft diskutierten "wiederkehrenden Beiträge" für Bewohner größerer Einzugsbereiche für ungerecht und rechtlich anfechtbar. Stattdessen wünschen sich die Mitglieder der Initiative eine Finanzierung von Straßenausbauten über gegebenenfalls höhere Grundsteuern.

Für spontanes Gelächter sorgte ein Kommentar des Geschäftsführers des Städtetages, Ulrich Mende, der als Vertreter der kommunalen Spitzenverbände sprach: "Nur diejenigen, die einen Vorteil haben, werden zur Sanierung der Straßen herangezogen".

Interview mit betroffenen Eigentümern. Fast alle Fernsehsender Norddeutschlands schickten Kamerteams, um die Mahnwache zu dokumentieren.



Geschäftsführer Tibor Herczeg (hier vor der Anhörung im alten Plenarsaal in Hannover) hält die Strabs für gesetzwidrig.

Teilen Sie diese Meinung?

Diskutieren Sie mit! Schreiben Sie eine Email an [kontakt@meinVWE.de](mailto:kontakt@meinVWE.de)



### STRABS in Springe

## VWE bereitet Normenkontrollklage vor

Auch in Springe formiert sich der Widerstand gegen die Straßenausbaubeitragsatzung (STRABS). Mit Unterstützung vom Verband Wohneigentum bereitet dort ein VWE-Mitglied eine Normenkontrollklage gegen die lokale Satzung vor. Als erste Stadt in Niedersachsen hatte Springe zuvor per Ratsbeschluss beschlossen, "wiederkehrende Beiträge" einzuführen.

"Wir lassen gerichtlich überprüfen, ob die Springer Satzung mit höherrangigem Recht vereinbar ist", erklärt Geschäftsführer Tibor Herczeg. Dabei gehe es nicht allein um die Satzung in Springe, sondern um jede Art von Straßenausbaubeiträgen, die Hauseigentümern auferlegt werden. Herczeg verbindet mit der Klage die Hoffnung, das Gesetz landesweit kippen zu können. "Die Straßen gehören der Stadt. Wie neue Kindergärten, Feuerwehr oder Schulen müssen sie aus allgemeinen Mitteln unterhalten werden. Die Kosten dürfen

*Geschäftsführer Tibor Herczeg sieht gute Chancen, die STRABS mit einer Klage landesweit zu kippen.*



nicht allein auf Anlieger abgewälzt werden, die für ihre Immobilie bereits Grundsteuern zahlen", sagt der Geschäftsführer.

Die erforderlichen Mittel für das bevorstehende Verfahren stellt der Verband Wohneigentum aus dem Rechtsmittelfond bereit, in den jedes Mitglied bei Eintritt in den Verband einmal jährlich einen Euro einzahlt. Seit der Fond im Jahr 2014 eingeführt wurde, entwickelte er sich zu einem wirkungsvollen Instrument, um durch alle Instanzen für die

Rechte der Hauseigentümer zu streiten. Pikant: Der Niedersächsische Städtetag legte ebenfalls einen Fonds auf, um der Stadt Springe bei Rechtsstreitigkeiten beizustehen. Er finanziert ihn mit Steuern derselben Bürger, deren Interessen es abzuwehren gilt. Herczeg: "Wir stellen also Waffengleichheit her". Zeitdruck besteht im Fall der Normenkontrollklage nicht. Herczeg: "Wir haben ein Jahr Zeit zur Erhebung der Klage und werden sie entsprechend sorgfältig vorbereiten".

### Länderübergreifendes Treffen

## Landesverband Sachsen-Anhalt blickt nach vorn

Zufrieden zeigten sich die Delegierten des Landesverbandes Sachsen-Anhalt nach einem Arbeitstreffen Ende August in Halle. Zusammen mit dem Landesverband Niedersachsen wolle man die Werbemaßnahmen für den Verband Wohneigentum im benachbarten Bundesland forcieren und ihn schlagkräftiger gestalten. In mehreren Runden loteten die Teilnehmer Berührungspunkte und Synergieeffekte aus. Dazu einigten sie sich auf Kandidaten für einen neuen Landesvorstand, der beim Lan-

desverbandstag im Herbst gewählt werden soll.

Landesvorsitzender Peter Wegner und Geschäftsführer Tibor Herczeg stellten den Nachbarschaften weitgehende Unterstützung über die Landesgrenzen hinweg in Aussicht. Im Bundesverband ist Wegner zuständig für Verbandsentwicklung, Verband- und Organisationsstrukturen und Öffentlichkeitsarbeit. So wurden weitere Treffen zu den Themen Vereinsrecht, Mitgliederverwaltung oder Öffentlichkeitsarbeit erwogen, die

die Arbeit in den Nachbarschaften erleichtern sollen. Auch von Leistungen aus Niedersachsen, die Hauseigentümern in Sachsen-Anhalt bisher noch nicht angeboten werden, könnten Mitglieder im Osten profitieren. Dazu zählen beispielsweise die telefonische Fachberatung, Rabatte oder günstige Versicherungen.

Mit neuen Konzepten und konkreten Ansätzen verabschiedeten sich die Teilnehmer, um die Ergebnisse in den Gemeinschaften zu diskutieren.

*Monika Pietsch (stehend) leitet den Workshop und führt die Teilnehmer zum Ziel. Die erfahrene Moderatorin kennt den Verband Wohneigentum seit vielen Jahren.*





Winterdienst vor der eigenen Tür: Anwohner des Düsterhoopings beschwerten sich, dass die Stadt nicht mehr räumt.

ARCHIV

## Debatte um Winterdienst

Heftige Diskussionen gab es am Dienstagabend im Ortsrat Mitte-West über die Situation am Düsterhooping. Anwohner beschwerten sich über den Wegfall des städtischen Winterdienstes und über rücksichtslose Autofahrer.

„Warum sind wir aus dem städtischen Winterdienst rausgefallen?“, wollte eine Anwohnerin wissen. Die Straße sei stark befahren und zudem Schulweg. Ein anderer Anwohner betonte ebenfalls: „Es ist oft alles zugeparkt – wir Anwohner kommen nicht mal von unseren Grundstücken runter. Wie sollen wir da räu-

men?“ Ein Dritter beschwerte sich über rasende Eltern, die ihre Kinder zur Waldschule Eichelkamp bringen: „Statt 30 fahren viele 50.“ Stehe die Polizei dort, würden sie vernünftig fahren und parken.

Ortsbürgermeister Matthias Presia (SPD) versprach, das Elternproblem an die Verwaltung weiterzuleiten. In Sachen Straßenreinigung sei der Ortsrat schon aktiv geworden: „Die Zuordnung von Düsterhooping und Oppelner Straße prüft die Verwaltung noch mal – wir haben aber noch keine Antwort erhalten.“

Über die künftigen Pläne

fürs Freizeitheim-West berichtete der städtische Ortsratsbetreuer Benno Scheid: Es solle wieder ein Bürgerzentrum, „wir sind aber noch ganz am Anfang der Überlegungen.“ Ein erster Schritt sei die Verlagerung von Jugendlichen ins Café Extrem – jetzt „X-treme“.

Dem Haushalt stimmte der Ortsrat zu – inklusive seiner drei Anträge. Außerdem beschloss er, 500 Euro der Heinrich-Kita zu geben – als Unterstützung für das Aufstellen einer neuen Schaukel. Künftig will er jährlich wechselnd Projekte an Kitas unterstützen.

# Wirbel um Geschwindigkeitstafeln

Zum falschen Zeitpunkt aufgestellt: Anwohner beschwerten sich, PUG-Politiker helfen

VON SYLVIA TELGE

**EICHELKAMP.** Es erinnert an einen Schildbürgerstreich: Seit langem ärgern sich Anwohner des Düsterhoopings über zu viele und viel zu schnelle Autos, die durch ihre Straße brausen. Die meisten wollen zur angrenzenden Waldschule. Nachdem die Anwohner ihren Ärger dem Ortsrat Mitte-West mitgeteilt hatten, stellte die Stadt nun vor einigen Tagen zwei Geschwindigkeitsmesstafeln auf – mit Beginn der Osterferien. „Das bringt kein realistisches Bild, das ist ein vollkommen falscher Zeitpunkt“, sagt Anwohner Joachim Richter.

Er schaltete die Politik ein – und gestern verschwand eine der Tafeln, die am Eingang

„**Eigentlich sollten die Geschwindigkeitstafeln schon vor den Osterferien angebracht werden.**

Velten Huhnholz  
PUG-Politiker



Die eine ist noch geblieben: Joachim Richter an der Geschwindigkeitsmesstafel im Düsterhooping, Anwohner klagen über zu viele und zu schnelle Autos.

FOTO: ROLAND HERMSTEIN

des Düsterhoopings hing, die zweite ist noch an der Waldschule. Die PUG hatte dafür gesorgt, dass die Anzeigetafel abgenommen wurde: Die bei-

den Ortsratsmitglieder Adam Ciemniak und Velten Huhnholz wendeten sich an die Verwaltung. „Eigentlich sollten beide Tafeln schon eine Wo-

che vor Ferienbeginn installiert werden“, erklärt Huhnholz. Der Schnee-Einbruch habe den Zeitplan jedoch durcheinandergebracht.

Nachdem Anwohner und Politiker darauf hingewiesen haben, dass der Zeitpunkt nicht so ganz glücklich gewählt sei, ließ die Stadt eine Tafel abnehmen. Die zweite bleibt, misst weiterhin die Geschwindigkeit der Fahrzeuge und zählt die Autos. Eine zweite Tafel soll nach den Osterferien wieder angebaut werden. Das sei gut, meint Ortsbürgermeister Matthias Presia (SPD): „So kann man das Verkehrsaufkommen gut miteinander vergleichen.“

Das sei zu Schulzeiten ganz erheblich, sagt Richter. Anwohner haben selbst mal gezählt. „Innerhalb einer Stunde waren es über 140 Autos, dazu kamen noch Lkws, die die Waldschule beliefern.“ Und: Die wenigsten Fahrzeuge halten sich an Tempo 30.

Vor drei Jahren hatte die Stadt übrigens schon einmal nach Protesten von Anwohnern Geschwindigkeitstafeln im Düsterhooping aufgestellt – ebenfalls in den Osterferien....

# Kein Winterdienst: Anwohner legen Einspruch gegen Verordnung ein

Bürger sind verpflichtet, auch Straßen zu räumen – Einspruch eingelegt

VON CLAUDIA JESKE

**WOLFSBURG.** Die Neuordnung der Straßenreinigung hat in Wolfsburg schon für viel Wirbel gesorgt. Grundstückseigentümer können Einspruch einlegen. Anwohner aus dem Wagnerring haben dies ebenfalls getan – vor allem, weil die Stadt den Winterdienst auf die Bürger abwälzt. Die sollen neuerdings neben Gehwegen auch die Straßen räumen.

„Wir möchten lieber zahlen. Vor allem, weil es auch um Haftungsansprüche geht“, sagt Günter Wolkowski aus dem Wagnerring 18. Wer haftet, wenn doch jemand auf schneeglatte Fahrbahn stürzt oder einen Unfall verursacht? Das fragen sich die Anwohner aus dem Wagnerring. „Etwa wir? Das geht doch nicht“, so Therese Zimkowski aus der Laagbergstraße 31. Doch sagt die Stadt: „Die Straßenreini-

gungsverordnung legt fest, dass Anlieger zur Reinigung der Straße verpflichtet sind“, so Sprecher Ralf Schmidt (siehe Text unten).

**„Wir möchten lieber zahlen. Vor allem, weil es auch um Haftungsansprüche geht.“**

Günter Wolkowski  
Anwohner aus dem Wagnerring 18

Zimkowski hat ein Eckgrundstück und müsste zu zwei Seiten hin den Winterdienst bis zur Straßenmitte übernehmen. Ein 82 Jahre alter Nachbar hat ebenfalls ein Eckgrundstück, „der muss dann 120 Quadratmeter Fläche räumen – in seinem Alter“, sagt Wolkowski.

Neue rechtliche Vorgaben machen die Neuordnung der Straßenreinigung sowie die Regelung der Sommer- und Winterdienste erforderlich.

Das bedeutet, dass Gebühren für Sommer- und Winterreinigung jetzt getrennt festgesetzt werden müssen. Zahlten vor dem 1. Januar 2018 Grundstückseigentümer eine Gebühr pro Frontmeter im Jahr, die sowohl die Reinigung der Straße im Sommer und im Winter einschloss, muss die Vielzahl der Eigentümer nun selbst Schnee schnippen und

Die Stadt hat alle Straßen in Reinigungsklassen 1 bis 4 geordnet. Die Mehrheit aller Straßen – rund 1120 Stück – fallen in die vierte Kategorie und müssen von den Anwoh-

nern im Winter geräumt werden. Wolkowski ärgert vor allem, dass sich die Stadt aus seiner Sicht „klammheimlich aus der Verantwortung stiehlt“. Er glaubt: „Die Mehrheit der Bürger ist sich dieser Tatsache und der Konsequenzen gar nicht bewusst. Ich hätte mir von der Stadt gewünscht, dass sie das transparenter macht.“



## Die neue Reinigungsverordnung

Nach einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg musste die Stadt Wolfsburg ihre Straßenreinigungsverordnung und Straßenreinigungsübertragungssatzung ändern, die Wolfsburger Abfallwirtschaft und Straßenreinigung (WAS) musste ihre Straßenreinigungsgebührensatzung anpassen. Es gibt neue Vorgaben zur Berechnung der Einzelbescheide und eine Neufassung der Hinterliegergrundstücke – das sind Grundstücke, die nicht direkt an die Straße angrenzen, aber einen Zugang zur zur reinigenden Straße haben.

Bei den Hinterliegergrundstücken ist die Länge der Grundstücksgrenze entscheidend, die zur betroffenen Straße hin liegt. Für die direkten Anlieger erfolgt die Berechnung nach den Frontmetern (Länge) des Grundstücks an der Straße. Wichtig: Bei vielen Grundstücken mussten laut Stadt die Frontmeterlängen neu berechnet werden.



Doch wie entsteht soziales fürsorgliches Handeln? Die Antwort findet sich in uns allen. Es sind die grundsätzlichen Werte, die ein soziales Miteinander erst möglich machen, Werte, die unseren Lebensrhythmus begleiten, die den Grundstock für unser Zusammenleben bilden.

Werte...die schon in der kleinen Einheit der Familie gelebt werden

Werte...die in 9 Bundesländer für die Abschaffung der Strabs stehen

Werte...die das Fundament unseres Grundgesetzes bilden

Werte...die für unsere Demokratie stehen

Und genau diese Werte dürfen im Föderalismus vor Ländergrenzen keinen Halt machen.

Was in 9 Bundesländern als sozial ungerecht gesehen wird, muss in unserer föderalen Gesellschaft auch gleich gewertet werden, denn nur Gemeinschaftlichkeit gibt uns die Kraft, unsere Werte in unserer Demokratie zu leben. Somit ist die Abschaffung der Strabs keine Frage der Finanzierung, sondern ein Grundwert unserer Gesellschaft.

Wir alle möchten diese bedrückende Zeit überstehen, jedoch nicht im Nachhinein an den Zahlungen für die Strabs scheitern und doch in die soziale Falle geraten, die durch die Corona bedingten Maßnahmen vermieden werden soll.

Es obliegt Ihnen, wie Sie die Kosten der Straßenbeiträge einbinden, Möglichkeiten gibt es viele, Sie müssen nur wollen. Jetzt ist die Zeit, die Strabs abzuschaffen. Der Bürger wird es Ihnen danken, die nächsten Wahlen stehen vor der Tür. Frei nach dem Motto – Heute handeln – morgen profitieren

mit freundlichen Grüßen

**VWE** Verband Wohneigentum Niedersachsen Tibor Herczeg

**ASK BISSS** Werner Eggert + Harald Beckmann

**NBgS** Lenkungsgruppe Niedersächsisches Bündnis  
gegen Straßenausbaubeiträge

Angelika Flohr-Flögel

Bernd Jackisch

Kurt Karlisch

Heiko Malinski

Edmund Nürnberg

Maren & Michael Zacharias

## Anwesende BGE Mitglieder

Frau Beise  
Herr Richter  
Herr Wagner  
Herr Helms  
Herr Gritzke  
Herr Beise



### Zu Punkt 1 **Einwohnerfragestunde**

- Vorstellung der BGE im Ortsrats
  - Kurzpräsentation über Gründe und Ziele der BGE
  - Vorstellung der WEB Seite : [www.wob-bge.de](http://www.wob-bge.de)
  - Info zur Kontaktaufnahme von Bürgern mit der BGE über die Email Adresse : [Info@wob-bge.de](mailto:Info@wob-bge.de)

Ergebnis:

- Anerkennung durch die Mitglieder des Ortsrates sowie Zusammenarbeit mit der **BGE**
- Der BGE wird seitens der Stadt ein Betrag in Höhe von 1.600,00€ für eine stadtteilbezogene Arbeit zur Verfügung gestellt  
Voraussetzung: Eröffnung eines Kontos  
( Antrag eingereicht: Sparkasse Dunantplatz )

### zu Punkt 7.1 **Parkraumkonzept Dunantplatz**

- Hierzu gab es diverse Berichte in den Zeitungen WAZ, WN und Kurier der Parteien und der BGE.  
(siehe Artikel unter der Rubrik :Dunantplatz )
- Hr. Enversen , SPD  
Die Situation ist seit längerem bekannt. Wird z.Zt. von der Verwaltung bearbeitet.
- Hr. Huhnholz , PUG  
Im Konzept soll der freie Zugang über beide Treppen neben dem Brunnen erhalten werden.
- Hr. Niewandt, CDU  
Ursache für die Parksituation auf dem Dunantplatz sind die nun kostenpflichtigen Parkplätze an der Sauerbruchstraße  
( Schotterparkplätze vor dem Klinikum )  
Vorschlag: Die betreffenden Plätze müssen wieder kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Somit würden die Mitarbeiter des Klinikums diese wieder aufsuchen.

### zu Punkt 7.1 **Parkraumkonzept Dunantplatz**



Ergebnis:

Einigkeit aller Fraktionen über die angespannte Situation auf dem Dunantplatz. Es gibt diverse Vorschläge der Parteien sowie der BGE .

**Wir bleiben am Ball**

### zu Punkt 7.2 **Forderungskatalog der BGE vom 13.03.2019**

- Reduzierung der Taxiplätze von 4 auf 2 Stellplätze

Ergebnis:

- Die PUG hat die Anregung aufgenommen und als Antrag in Ortsrat eingebracht. Der Verwaltung wurde der Antrag zur Stellungnahme und Überprüfung übergeben.

**Wir bleiben am Ball**

### zu Punkt 7.3 **Ansiedlung Nahversorger**

- Antrag der PUG

Teils hitzige Debatte zwischen PUG und der SPD über den Zeitpunkt, wann, welche Partei die Urheberrechte auf das Thema hat. Hr. Enversen echauffierte sich besonders. Er warf der PUG Unredlichkeit vor. Dieses gipfelte in einem Rundumschlag gegenüber Herrn Cimniak, PUG.

Ergebnis:

- Der Antrag wurde zurückgezogen. Einigung über einen interfraktionellen Antrag. Bestätigung im Ortsrat für den - Investitionsschutz des Lebensmittelmarktes NAHKAUF, Inh. Hr. Schmidt.  
- Aus Sicht der SPD muss die Röntgenstraße in die Neugestaltung / Umbau des Dunantplatzes einbezogen werden.  
- Hr. Enversen: Übergabe eines Flyer an die BGE , wann die SPD bereits die Maßnahmen in Angriff genommen hat.

**Wir bleiben am Ball**